

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 34

Halle (S.), Sonnabend, 31. Oktober 1925

1. Jahrgang

## Deutschnationale Katastrophopolitik! Das Werk von Locarno gefährdet. — Der Reichstagsauflösung entgegen!

### Was nun?

Es ist den Deutschnationalen gelungen, ihre zahlreichen bisherigen „nationalen“ Taten durch ihr letztes Heftentwurf zu übertrumpfen. Die väterlich-patriotische Gesinnung haben sie fertig gebracht, Deutschland jäh vor unaufsehbare und außen- und innenpolitische Schwierigkeiten und Gefahren zu stellen. Der Serpentin ist demartig groß, daß wir ihn uns noch einmal klar machen müssen. Die deutschnationalen Minister (als Mitglieder der „nationalen“ Regierungspartei) haben den Verhandlungen über den Sicherheitspakt und zuletzt dem Vertrag von Locarno am 22. Oktober in der Kabinettsitzung unter Vorsitz von Hindenburg zugestimmt;

der Vertrag war den Herren bekannt und auch die Tatsache, daß er unabänderlich ist und nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden kann. Die deutschnationale Reichstagsfraktion am 4. Oktober hat am vergangenen Sonntag ihre Zustimmung zum Vertrag verweigert und ihre Minister aus der Regierung zurückgezogen. — Warum? Weil die Abfertigung mit nationalitätlichen Phrasen gefütterten Wächter immer lauter drohen und murzeln, also: aus Angst vor der Straße!

Eine wahrhaft nationale Partei hätte wenigstens erst die „Auswirkungen“ des Vertrages von Locarno abgewartet, anstatt sie im Gegenteil zu bekämpfen. Aber das letztere ist anscheinend die Absicht, anders läßt sich der gewählte Zeitpunkt nicht erklären. Die Deutschnationalen müßten sich beugen; denn sonst hätte Polen den Befehl zur Ausweisung der Österreicher zurückgenommen, und bereits würde der Zeitpunkt für die endliche

### Sie schnelle Klärung.

Der Bezirksvorstand der Deutschen Demokratischen Partei im Wahlkreis Halle-Merseburg, der zur Beratung über die Stellung der Partei zu der von den Deutschnationalen provozierten Locarno-Krise zusammenkam, faßte unter eingehender Würdigung eine Entschließung, die eine schnelle und eindeutige Klärung verlangt. Die Entschließung, die dem Parteivorstand in Berlin telegraphisch übermittelt wurde, hat nachstehenden Wortlaut:

Der Bezirksvorstand Halle-Merseburg hält ein Weiterarbeiten des Kabinetts für untragbar. Er fordert zur Klärung der Lage die unverzügliche Einberufung des Reichstages und Volksbefragung durch Neuwahlen.

erklärt, daß sie an Übernahme der Verantwortung nur denken könnte, wenn sie

nicht lediglich als Vordenker herangezogen werde, und wenn ein neuer Kurs der Reichsregierung gefordert sei. Wir fürchten indessen, daß wir uns auf etwaige „Garantien“ in dieser Beziehung nicht werden verlassen können.

Es ist die dritte, nach unserer Meinung einzige wirkliche Möglichkeit:

Auflösung des Reichstages und Neuwahlen!  
Die Sozialdemokratie hat sich bereits klar in dieser Richtung ausgesprochen. Das Volk muß befragt werden,

ob es die Katastrophopolitik demagogischer Phrasenhelden, oder eine Verständigungs- und Verständigungspolitik führen will. Die Antwort — vor allem des Rheinlandes! — dürfte recht deutlich ausfallen. Zugleich würde das ganze Land für

Aufwertung, Steuern, Zölle und manches andere quittieren. Einen Vorzugsmat haben am letzten Sonntag die

Wahlen in Berlin und Baden

gegeben. Wir stimmen der „Germania“ aus vollster Seele zu, die schreibt: „O nein, die Politik von Locarno wird mit denen zu Ende geführt, die sie begonnen haben. Der Vertrag von Locarno ist das natürliche Kind der deutschnationalen Politik. Der Vorschlag des Sicherheitspactes ist ausgegangen von dieser Regierung, heißt ihr, dieser Regierung, in der die Deutschnationalen einen maßgebenden Einfluß haben.“ Das Zentrum „widet unter allen Umständen dem Geist von Locarno wachhalten, wird sich mit keiner ganzen Kraft dafür einsetzen, daß die Befriedung Europas möglichst bald zur Tatsache wird. Aber dem Wortlaut des Vertrages von Locarno wird und kann es nur zustimmen, wenn auch seine Güter, die Deutschnationalen, mit bei der Parteilind. ... Wenn es zur Befriedung des Volkes kommen werden wir dafür sorgen, daß die Situation nicht durch die Fragestellungen wie: „Für oder gegen Locarno“ verwirrt wird. So wird die Karole nicht laufen, denn so liegen die Dinge nicht. Für Locarno sind die Deutschnationalen unter allen Umständen verantwortlich, mag nun der Pakt angenommen oder abgelehnt werden!“

J. M. D.

## Partei und Jugend.

Von Erwin Henning, Magdeburg.

Es ist schon von altersher so gewesen: Wer die Jugend hat, dem lächelt zu Zukunft. — Die politischen Parteien allerdings sind sich vor dem Kriege dieses Satzes weniger bewußt gewesen. Das war natürlich, einmal schien nichts darauf hinzuweisen, was die althergebrachte Regierungsform durchbrechen, die alten bürgerlichen Parteien aus dem ausgefahrenen Gleise langjähriger Gewohnheit schleudern und sie damit zu Reformen in der Erziehungsarbeit ihrer Wähler zwingen könnte. Das andere Mal war es das Wahlalter in die Zeit des beginnenden Mandemokratie, die, im immer stärkeren Wachstum begriffen, es sich angelegen sein ließ, politische Erziehungsarbeit an der Jugend zu leisten. Die Folgen sind nicht ausgeblieben — die Partei listet heute auf einem fröhlichen Stamm geschulter und treuer Mitarbeiter. Die Revolution erst rüttelte die bürgerlichen Parteien durcheinander. Das Wahlalter wurde herabgesetzt, und die Jugend sah sich von der Parteien Hof und Gunst umhüllt. Nun kämpft man schon seit Jahren mit aller Erbitterung um sie. In den extremen politischen Lagern geistern Verlogenheit, Dummheit und blinder Malenbah verweilt mit kaum glaublichem, unbeschreiblichem Götz- und Perlenentwurf um die Werte, die Herzen junger, kaum dem Kindesalter entwachsener Menschen zu vergiften. Und in modriger, vor unwürdevoll betriebener Heßpropaganda durchgeführter Freikhausluft gedeihen hier wie dort jene Pflanzen, die sich immer wieder zum Unheil unseres Volkes auswerten.

Inmitten dieser innerlich zerbrochenen, sich gegenseitig mit allen Mitteln bekämpfenden Parteien steht nun jene Schar Jugendlicher, die unberrit und offenen Auges ihre Blicke der Zukunft zugewandt hat und nur in der Bewusstseinsklärung der wahren Demokratie das Wohl und die Gewähr für eine Wiedergeburt unseres Volkes erblickt. Es ist aber auch ein offenes Geheimnis, daß von diesen nur ein ganz geringer Teil der D. D. P. angehört und in ihr den Hüter und Förderer ihrer Hoffnungen und Wünsche gefunden hat. Eine weit größere Anzahl jedoch steht ihr fern — nicht ganz ohne Schuld der Partei selbst.

Denn wer mit diesen jugendlichen Kreisen zusammenzukommen Gelegenheit hatte, wer mit ihnen Rede und Antwort pflegen konnte, der weiß, daß sie sich im Laufe der Jahre — und wir müssen es wagen, die Wahrheit zu

sagen! — durch die nicht immer geradlinig verlaufene Politik der Demokraten abgelehnt fühlte. Und nur derjenige, dem es veranlagt ist, ihre tiefe und wahre Liebe zur Demokratie und zur republikanischen Staatsform mitauszusprechen und das zehrende Feuer, das ihre jugendlichen Herzen entzündet, zu schauen, nur der kann verstehen, wenn diese enttäuschten Stürmer und Dränger sich weiter nach links wenden. Aber trotz alledem ließen gleichsam unsichtbare Bande sie mit der Demokratischen Partei verbunden bleiben und hoffen, daß doch noch einmal der Tag kommen werde, an dem die Partei sich ihrer Aufgaben und Pflichten bewußt würde und eine harte Führerschaft das von dem Sturm erschlagene Schiff ins alte Fahrwasser zurückführte.

So hätte denn die Jugend. Es kam der Tag. Geimpft erwartete man im vorigen Jahr den Ausgang der Verhandlungen, die zum Grad unserer Hoffnungen und Träume werden konnten. Denn noch zweifelte man an der Festigkeit des Willens der Partei und hangte gar zu bald die Bekräftigung der Bekräftigung zu finden, daß man doch einem Redaktionsstift sich anschließen würde. Die Jugend hatte eben das Vertrauen ganz verloren und sah die kampfmüde Hand sich dem Gegner entgegenstrecken.

Doch die Partei blieb fest. Der Reichstag wurde aufgelöst. Hörbares Aufatmen läste die Kunde bei allen jungen Demokraten aus, und trüher Müd befehl: ihre Herzen. Der klare Aufruf der D. D. P. ging in alle Lande hinaus und fand ein tausendfaches Echo. Endlich hatte die Partei den Mut zum ehrlichen Bekenntnis gefunden. Ein Rückschlag kam. Aber die Jugend sah in ihm den fortschreitenden Genesungsprozess. Denn mit ebenso freudiger Erregung wie innerer Genugtuung hörte sie von dem Austritt wankelmütiger Parteimitglieder, für die der „Boden der gegebenen Tatsachen“ sich zu schwach erwies hatte, die Belattungsprobe einer neuen Wahl zu bestehen.

Unter all diesen Voraussetzungen glaubte die demokratisch geklärte Jugend wieder Zutrauen zur Partei fassen zu dürfen, und sie wird den Weg, den sie zum großen Teil zu gehen gezwungen war, wieder verlassen können. Sie wird aber aufmerksamen Auges den kommenden Dingen entgegengehen. Denn es harrt in der Zukunft der Partei nicht allein Aufgaben innerpolitischer, sondern vor



**Resolution.**

Die vom „Bund einflussreicher Schullehrer“ ans Auf-  
 trag der öffentlichen Berliner Lehrerbildungsstagnung ein-  
 gesehene Volksversammlung, die von über 2000 Personen  
 besucht ist, erklärt einstimmig nach den Darlegungen zahl-  
 reicher Abgeordneter und Kulturpolitiker:

Deutschland wird in der Welt nur dann die er-  
 wünschte weitestgehende Geltung erlangen können,  
 wenn das deutsche Volk mit Entschiedenheit alle Verträge  
 ablehnt, es von hellen Wege des Nachstums zur Selbst-  
 verantwortung mündiger, freier Männer und Frauen ab-  
 zündert in die Interaktion der körperlichen, geistigen,  
 seelischen, militärischen und kulturellen, geistigen,  
 bescheidenen, angelegten, hingewonnenen Lebensanschau-  
 ung und Bekanntheitsmöglichkeit. Die Verwirklichung der  
 menschlichen Freiheit ist die höchste Aufgabe der Menschheit.  
 Die Verwirklichung der menschlichen Freiheit ist die höchste  
 Aufgabe der Menschheit. Die Verwirklichung der menschlichen  
 Freiheit ist die höchste Aufgabe der Menschheit.

Die Verwirklichung fordert also die eine deutsche  
 Schule weltliche Tugendlichkeit und vernünftiger Lebens-  
 religiosität mit einem einbettenden, lebendigen und na-  
 türlichen Bildungsideal der Volks-, höheren und Hoch-  
 schulen, und den ein-zu-ein deutschen Lehrerbund mit einem  
 gemeinsamen Bildungsgange über die Hochschule, der nur  
 unter der Bedingung der Begabungsrichtung und Berufs-  
 anforderung. Die deutsche Schule ist frei oder sie ist  
 nicht.

Die Verwirklichung ruft alle freien Geister in Deutsch-  
 land zum Kampfe gegen die durch den neuen Reichschul-  
 gesetzentwurf angebotene geistige Unterjochung auf!

**Schließens Saugpumpe.**

Von Alexander Vogel, Berlin-Jehendorf.

Jede Verfassung des Reichsfinanzministeriums über  
 die Reicheinnahmen an Steuern, Zöllen und Abgaben  
 läßt immer wieder erkennen, daß die der Wirtschaft auf-  
 erlegten Steuern über das im Reichshaushaltsplan ver-  
 anschlagte Maß weit hinausgehen. Nicht ohne Grund wird  
 die Erhebung wieder, daß gerade diejenigen Steuern, die  
 vorwiegend der Arbeitnehmer- und Verbraucherlast im  
 Gange der Wirtschaft zur Last fallen, um ein beträchtliches  
 das geplante Aufkommen übersteigen. Das beweist auf  
 der einen Seite die Richtigkeit des dem Reichsfinanzmini-  
 sterium seit langem gemachten Vorwurfs, daß er seine Schät-  
 zungen mehr als notwendig zu tief ansetzt und auf der  
 anderen Seite, daß der überwiegende Teil der Steuer-  
 erhebungen vom Verbrauch nicht, vom Besitz, aufgebracht wird.  
 Der Ausweis des Reichsfinanzministeriums für die Zeit  
 vom 1. April bis 30. September 1925, also für das erste  
 halbe Jahr des laufenden Etatsjahres, ergibt 1155 Millio-  
 nen an Einkommensteuer, die Schätzung im Etatentwurf  
 betrug für das ganze Jahr 1700 Millionen, so daß für die  
 ersten drei Monate sich schon ein Ueberschuß von 155 Millio-  
 nen allein bei dieser Steuer ergibt. Die Lohnsteuer war  
 an diesen 1185 Millionen allein mit 740 Millionen be-  
 tragen. Die allgemeine Umsatzsteuer ergab in dem gemein-  
 samen Zeitraum rund 750 Millionen bei einer Schätzung im  
 Etatentwurf von 1300 Millionen bei einer Schätzung im  
 Ueberschuß auf Jahr berechnet wurde reichlich 200 Millio-  
 nen ausstragen. Die Einnahmen aus den Zöllen betragen  
 vom April bis September 1925 259 Millionen. Das würde  
 für das ganze Jahr auf 500 Millionen für das volle Jahr ausstragen bei einer  
 Veranschlagung von nur 356 Millionen. Auch bei dieser Posi-  
 tion, die mehr oder weniger der Verbraucherlast zur Last  
 fällt, entsteht ein Ueberschußbetrag von jetzt 160 Millio-  
 nen pro Jahr. Nicht viel anders ist das Bild bei der Ver-  
 brauchsabgaben, Tabak, Zuder und Biersteuer erbrachten  
 vom April bis September 1925 rund 614 Millionen, während  
 der Veranschlagung sich nur auf 920 Millionen betrug.  
 Also ein Ueberschuß von rund 300 Millionen  
 März für das ganze Etatjahr. Man treuen allerdings ab  
 1. Oktober auf Grund der im August vom Reichstoge ver-  
 abschiedeten „Steuerreform“ einige Steuerermäßigungen  
 ein. Was aber auf der einen Seite in Wegfall kommt, wird  
 sich sicher bei einer anderen Position durch Mehreinnahme  
 wieder wettgemacht werden. Wenn es auch, nicht zuletzt  
 durch die selbstbewusste Arbeit des demokratischen Reichs-  
 tagsabgeordneten Gustav Schneider, Bundesvorsteher  
 des G. D. M. und seiner Freunde endlich zu einer Herab-  
 setzung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent gekommen ist, so daß  
 in der zweiten Hälfte des Etatsjahres die Einnahme aus  
 der Umsatzsteuer zurückgehen wird, ist es doch fraglich,  
 ob durch diese Herabsetzung der Umsatzsteuer ein nennens-  
 wertes Reduzierungserfolg erzielt. Denn mit der Umsatzsteu-  
 ermäßigung auf 1 Prozent tritt gleichzeitig eine Erhöhung  
 der Zölle ein. Bis zu dem 1. Oktober sind die Einnahmen  
 aus den Zöllen für das ganze Jahr auf 500 Millionen, was  
 die Zollverordnungen in ihren wesentlichen Punkten im Ok-  
 tober in Kraft getreten ist. Die gesamten Reichseinnahmen  
 des Etatsjahres 1925 und 1926 betragen 3584 Millionen.  
 Im Entwurf des Reichshaushaltsplanes sind für das  
 ganze Jahr auf 6343 Millionen geschätzt worden. Unter

Veranschlagung des vorher über die Wirkung der ab  
 1. Oktober eintretenden Steuerermäßigungen Gesagten  
 kann mit Sicherheit angenommen werden, daß am Schlusse  
 des Etatsjahres — Ende März nächsten Jahres — die  
 Verwirklichung des Reichshaushaltsplanes nicht die  
 Viertel bis 1 Milliarde austrägt. Wenn das nicht geschehen  
 soll, dann wird es sich der Reichstag bei seinem Wieder-  
 zusammentritt als die dringende Aufgabe anlegen sein  
 lassen müssen, insofern die im August mit nicht allzuviel  
 Konsequenz verabschiedeten Steuererlasse einer wirklich  
 durchgreifenden Reform zu unterziehen. Daß dabei in  
 erster Linie die der Arbeitnehmer- und Verbraucherlast  
 zur Last fallenden überhöhten Steuern auf ein erträgliches  
 Maß zurückgeführt werden müssen, bedarf keiner beson-  
 deren Betonung. Die demokratischen Reichstagsabgeord-  
 neten Gustav Schneider, Vorsteher des Gewerkschafts-  
 bundes der Angestellten, und Ernst Lemmer, General-  
 sekretär des Gewerkschaftsverbandes deutscher Arbeiter-, Ar-  
 beitgeber- und Beamtenverbände, werden sicherlich mit  
 Bedauern auf in Zukunft nach dieser Richtung hin ihre ganze  
 Kraft einbringen.

**Zum Entwurf eines  
 Arbeitsgerichtsgesetzes.**

Der Verband Deutscher Gewerbe- und Kaufmanns-  
 gerichte hatte, um eine Meinungsäußerung über den vor-  
 liegenden Arbeitsgerichtsgesetzentwurf in beteiligten Krei-  
 sen herbeizuführen, kürzlich eine außerordentliche Ver-  
 bandsversammlung in Stuttgart einberufen, in der lebhaft  
 über den Bericht von Dr. Raue zum Entwurf geklärt wurde.  
 Der Bericht von Dr. Raue über die Einzelheiten des Ent-  
 wurfs und die Notwendigkeit von Dr. Landsberger-Berlin  
 und Prof. Dr. Erdel-Mannheim über die Organisation  
 der Arbeitsgerichte betont, daß der Entwurf trotz man-  
 cher Mängel, die noch beseitigt werden müssen, doch wohl  
 eine Grundlage für das kommende Arbeitsgerichtsgesetz  
 bietet. Gewiß wird die Form der alten Kaufmanns- und  
 Gewerbegerichte fallen gelassen werden müssen, aber der  
 Geist sollte in den neuen Sondergerichten, die in erster  
 Linie auch die Rechtsanwälterschaft einschließen müssen, er-  
 halten bleiben. Durch den neuen Organismus sei ein ständi-  
 ges Netz von Arbeitsgerichten gegeben, das bei der For-  
 derung nach einfacher, schneller und billiger Rechtsprechung  
 weitestgehend Rechnung getragen, so daß die meisten Fälle  
 wie bisher schon in der ersten Instanz ihre Erledigung  
 finden können.

In der Aussprache stand an erster Stelle stark umriten  
 die Frage der Zulassung der Rechtsanwälterschaft in der  
 ersten Instanz, und temperamentvoll traten die Rechtsan-  
 wälterschaft für ihre Zulassung ein. Dagegen aber erhob sich  
 überwiegend der Einpruch, ohne daß damit die Arbeit der  
 Rechtsanwälterschaft abgelehnt werden sollte. In den  
 Verhandlungen, Landesarbeits- und Reichsarbeits-  
 gerichte, sollen die Rechtsanwälterschaft zugelassen werden.  
 Die Diskussion knüpfte dann noch an die Berichte über das  
 Verfahren in erster Instanz (Justizrat Friedrichs-Sime-  
 on u. Stadtrichter Paulsen-Karlsruhe), über die Rechts-  
 mittel (Rechtsanwalt Dr. Baum-Berlin), über die Pro-  
 zessvertretung (Justizrat Sauer-Weiß), über die Beistell-  
 wahl (Bürgermeister Bauer-Köln), über die Überzugs-  
 gebührenbestimmungen (Oberamtsrichter Dr. Krönig-Ham-  
 burg) an. Schließlich wurde noch über das Fortbestehen  
 des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte  
 eine Entschliessung angenommen.

Die sehr stark besetzte Versammlung legte sich aus  
 Juristen, Vorstehern und Besitzern der Gewerbe- und  
 Kaufmannsgerichte, Vertretern von wirtschaftlichen Ver-  
 einigungen, Gewerkschaften und Verbänden, sowie Regie-  
 rungs-, Landes- und Stadtervertretungen zusammen. Lei-  
 der waren nur sehr wenige Frauen anwesend, die aus-  
 nahmslos Mitglieder des Verbandes der weiblichen Han-  
 dels- und Büroangestellten bzw. des Deutschen Gewerks-  
 schaftsbundes Ortsverband Berlin waren. Es wäre wohl  
 zu wünschen, daß bei dem erweiterten Arbeitsgebiet, das  
 sich für die kommenden Arbeitsgerichte ergeben wird, sich  
 alle interessierten Frauengruppen um dies neue Ge-  
 biet kümmern, damit u. a. bei Benennung der Beisitzer spä-  
 ter nicht die in Frage kommenden Frauengruppen über-  
 sehen werden.

**Ungeklärtenfragen**

**Die Konzentrationsbestrebungen  
 der Industrie und das Betriebsrätegesetz.**

Die Konzentrationsbestrebungen in Handel und In-  
 dustrie nehmen einen immer größeren Umfang an. Es  
 handelt sich dabei keineswegs nur um wirtschaftliche Kon-  
 zentrationen in Gestalt von Konzernen. Trübs um, sondern  
 es entstehen im zunehmenden Maße Großunternehmen mit  
 eigener Rechtspersönlichkeit zumeist in der Form von An-  
 staltsgesellschaften, wie neuerdings die J. G. Deere-Gen.  
 A.-G., die Deutsche Petroleum-A.G. u. a. m. und schon  
 früher die A.G. G. die Siemens-Schubert-A.G., die Fried-  
 rich Krupp A.G. u. a. m. Wenn man auf diese Weise die  
 Leitung ganzer Betriebsgruppen und selbstverständlich auch  
 die Regelung der Arbeitnehmerfragen an einer Stelle ver-  
 einigt, so kann natürlich auf der anderen Seite auch auf  
 eine Zusammenfassung der Betriebsvertretungen in einer  
 Spitze nicht verzichtet werden. Das Betriebsrätegesetz  
 ist die Bildung von Gesamt- und gemeinsamen Betriebs-  
 räten nur unter der Voraussetzung zu, daß sich die Betriebe  
 an ein und demselben Orte oder nahe beieinanderliegen-  
 den Orten befinden und daß es sich ferner um Betriebe des-  
 selben Betriebszweiges handelt. Die erste Voraussetzung  
 wird heute nur noch selten, die zweite nicht immer  
 mehr gegeben, so daß eine wirksame Wahrnehmung der den  
 Betriebsräten zugewiesenen Aufgaben in den Großbetrie-  
 ben derzeit nicht möglich ist. Um diese Lücke auszufüllen,  
 hat der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. M.)  
 neuerdings beim Reichsarbeitsministerium eine Forderung

des Betriebsrätegesetzes dahingehend beantragt, daß die  
 beiden erwähnten einschränkenden Voraussetzungen gefri-  
 chen werden und auf diese Weise die Bildung von Gesamt-  
 betriebsvertretungen für Großunternehmen mit eigener  
 Rechtspersönlichkeit allgemein ermöglicht wird.

**Beamtenfragen**

**Wartungsbeamte und Pensionäre**

klagen über mangelnde Rechte und ihre wirtschaftliche Not-  
 lage. Der demokratische Abgeordnete Schulz-Slegel  
 beantragt bekanntlich im Reichstoge, daß den Beamten die  
 im Warteland zugebrachte Zeit 0 0 1 1 auf die pensions-  
 sähige Dienstzeit gerechnet werde. Er beantragte ferner,  
 daß die Pensionäre nicht mit den Beamten hinsichtlich  
 ihrer Einkünfte gleichgestellt werden. Schließlich for-  
 derte derselbe Abgeordnete noch, daß der Angehörige eines  
 ledigen Beamten, der ihm die Wirtschaft geführt hat, beim  
 Ableben des Beamten pensioniert sei.

Als diese Anträge links von den Reichsparteien — den  
 Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirt-  
 schaftlichen Vereinigung — gegen die Stimmen der Links-  
 parteien abgelehnt wurden.

Der Deutschnationale Finanzminister Dr. Hergl  
 lehnte in der Kammersitzung den herab den Pensionären die  
 Erhöhung ihrer Bezüge rund ab. Die Ministerregierung  
 der Republik ließe die Pensionen mit den Beamten-  
 bezügen steigen. Wer Rechts wählt, tritt damit für die  
 Kürzung seiner Bezüge ein und verhindert den sozialen  
 Ausbau der Pensionsgesetze!

Darum wählt demokratisch!

**Deutschnationale  
 für einen neuen Beamtenabbau.**

Kaum ist es den Demokraten gemeinsam mit den  
 übrigen Linksparteien im Reichstag gelungen, die von den  
 Reichsparteien prozontierte Personal-Abbau-Verordnung  
 zum größten Teil zu Fall zu bringen, beginnen die Deutschna-  
 tionalen im Reichstagsklub nach einem neuen Be-  
 amtenabbau zu ruhen. Ihr Redner, der Abg. Dr. o. Ma-  
 rekht 10 1 6 in der Sitzung des Landtags vom 15. Ok-  
 tober das Sanierungswerk der Reichsregierung, d. h. die  
 Entredung zahlreicher Beamten durch die PWS und  
 Stelle demgegenüber sei, daß der Beschäftigungsstand Preu-  
 dens um 92 Prozent seit 1913 getrieben sei. Der Beschäfti-  
 gungsstand der Gemeinden ließe in keinem Verhältnis  
 zur Leistungsfähigkeit des Volkes und der Wirtschaft. Auch  
 die Aufstiegsfähigkeit über die Kommunen sei größtenteils  
 nicht gelassen worden, u. a. m.

Wir haben es hier mit einer neuen Auffassung der  
 Regierung zu einem weiteren Personalabbau  
 und zur Verkleinerung des Personalapparates  
 geht es zu tun. Es ist gut, wenn sich die Beamtenfrage  
 Beamtenverbände aus dem deutschnationalen Lager  
 und ihre Helfer aus der Deutschen Volkspartei bei den kom-  
 menden Wahlen genau anseht.

**Aus der Frauenbewegung**

**Abrechnung!**

In wenigen Wochen werden die preussischen Kreis-  
 und Provinziallandtagswahlen erfolgen. Wahl steht je-  
 desmal „Abrechnung“. Abrechnung der Wähler mit  
 den Parteien. Abrechnung der Parteien untereinander.  
 Wir haben, im neuen wie im alten Deutschland, meist  
 die Erfahrung gemacht, daß die Wahlen in kleineren Krei-  
 sen einem weit geringeren Interesse begegnen, als  
 Reichswahlen. Das ist tief zu bedauern. Einmal, weil  
 eine wirkliche Demokratie nur von unten her aufgebaut  
 werden kann. Zum anderen, weil eben jeder Wahl eine  
 Abrechnung ist. Die bevorstehenden Wahlen fallen in einen  
 Zeitpunkt, in dem das Maß deutschnationaler „Taten“  
 überrollt ist; Verbitterung der durch demagogische, in keiner  
 Weise gehaltene Aufreizungen-Versehrungen hinter  
 Licht gestellten Mittelführer, die als „Vaterlandsverrat“  
 beschimpft, von der Partei bis zum heutigen Tage labo-  
 riert, „Erüllungs-“ und Palspolitik, für die im gleichen  
 Augenblick deutschnationale Reichsminister verantwort-  
 lich zeichnen, die halbste Dames-Zustimmung, die vorklein-  
 dliche Zoll- und Steuerpolitik, der famose Reichsfinanzen-  
 entwurf. Wir begrüßen die bevorstehenden Wahlen, als  
 Gelegenheiten, im weitesten Umfang Aufklärung darüber  
 zu verbreiten, wach frivoles Spiel die Rechtsparteien mit  
 dem deutschen Volke, mit den deutschen Wählern getrieben  
 haben. Ihre Regierung hat genau die Wege der Rathenau,  
 Wirth und Marx nachgehen müssen, weil nur sie zu einer  
 Bertelung Deutschlands und zur Bertelung Europas fähig  
 waren können. Sie haben eingesehen, daß die Republik nicht  
 wieder, als dieses Fiasko ihrer Programme eingestiegen.  
 Ungebrochen ist ihr, in fast unbeschränkter Herrschaft im alten  
 Deutschland geblieben, unabänderlich Wille zu Macht.  
 Sie haben ihn bei der Kruppsellen Verewaltung der  
 Rinderherde in der Steuer- und Zollgesetzgebung über-  
 deutlich bewiesen. Wir dürfen Geburthen einer Herren-  
 tasche lüden sie auch die Hefe Schluß auf das reli-  
 giöse Erneuierung, die nach dem Grauen des  
 Krieges durch unser ganzes Volk, insbesondere durch die  
 deutsche Frauenwelt geht, für ihre Zwecke auszu-  
 nutzen. Die störrische Propaganda der Sozialdemokratie  
 für die „weltliche“, religionslose, also auch weltanschauliche  
 Schule, hat ihnen den Weg zum Reichspersonalabbau  
 erleichtert, der die Staats- und Gemeinschaftsische den  
 Kirchen opfern will. Die „Kirchenaustrittsbewegungen“,  
 die gläubige Menschen verleben muß, erleichtert eine fröh-  
 liche ... a politik, die zu nichts weniger als einer wahren  
 Volkstreue führen kann. Unendlich notwendig ist  
 es, die breiten Massen zur Mitarbeit an einer demokrati-

leben, wahrhaft vollstündigen Reform der Kirche aufzuweisen.

Abrechnung! Die Demokraten dürfen die herrschende Geschichtlichkeit der deutschen Agitation nicht außer Acht lassen, auch nicht verzeihen, daß die Zeit seit der Befreiung von der konterrevolutionären Vorkriegsarbeit noch zu kurz ist, um der bin- und hergehenden Masse schon die volle politische Reife gebracht haben zu können.

### Hausgehilfengesetz und Hausfrauen.

Emma Kramer, M. d. R. W. R.

Der Ring nationaler Frauen hat sich an den Reichsarbeitminister gewandt mit der Bitte, dem sozialdemokratischen Antrag, das Hausgehilfengesetz dem Reichstag baldmöglichst vorzulegen, nicht stattzugeben, da eine Notwendigkeit hierzu nicht vorliege.

Es wird in diesem Zusammenhang interessieren, daß die Organisationen der Arbeitergewerkschaften (Reichsverband deutscher Hausfrauenvereine) und der Arbeitervereine bereits im Dezember vergangenen Jahres eine Eingabe an den Reichstag und das Reichsarbeitministerium gemacht haben, in der sie dringend die baldige Verabschiedung des Gesetzes forderten.

Die Vorarbeiten des R. G. S. sind völlig ungenügend für die Regelung des Arbeitsverhältnisses in der Haushaltung. Die alte Gewerbeordnung und der Gesetz, aus dem sie hervorgeht, haben sich längst überlebt. Es gilt auch hier neue Wege zu gehen, die zu einer Hebung des Berufs der Hausangestellten einerseits und andererseits zu einer Sicherung des Arbeitsverhältnisses in der Hauswirtschaft führen, die seiner besonderen Eigenart gerecht werden. Die Frage der Arbeitsbereitschaft, der Kündigung, des Krankheitsausweises als Sicherheit gegen unzuläuterer aber gar verwerfliche Elemente, Arbeitsbefreiung und Zeugnis — all das muß geistlich geregelt werden, im Interesse beider Parteien, der Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmer. Man sollte meinen, daß unsere Frauen sozialpolitische Bestrebungen hätten, daß sie nicht mit dazwischenliegenden Einwänden kommen, wie „die Gewandlung und Erhaltung unseres ganzen Volkes geht von der Familie aus — da her bitten wir von einem Hausgehilfengesetz abzulehnen, es bringt „Anruhe in die Familie!“ Dadurch wird man kaum zur Hebung des Hausangestelltenberufes beitragen, wenn man ihn allein herausnimmt aus der Regelung des allgemeinen Arbeitsrechts, wenn man gerade für diesen Arbeit ablehnt, was man jeder berufstätigen Frau, sei es in der Fabrik, im Büro oder im Handwerk zugeht: eine bestimmte Sicherung des Arbeitsverhältnisses. Jede demokratisch gesonnene Frau jedenfalls wird diese auch für die Hausangestellte dringend wünschen.

### „Frauenarbeit im Volksdienst.“

Dies das Motto einer Tagung, zu der die „Reinische Frauenliga“ für die Zeit vom 8.—11. Oktober d. Js. eine Anzahl von Frauen, die die Frauenarbeit in den besetzten Gebieten führten, und Führerinnen der Frauenarbeit aus dem übrigen Deutschland nach Würzburg eingeladen hatten. Politisch-gesellschaftliche, wie politische Gegenwartsfragen, Fragen der „Erziehung der Jugend zur Volksgemeinschaft!“ und der „Volksgemeinschaft, wie sie sich gestalten wird“ wurden von namhaften Persönlichkeiten, wie Frau Wachenfeld, Staatssekretärin, Frau Dr. Kühnmann-Berlin, Dr. Frein v. Hertling, Dr. Gertraud Wolf-München und anderen, in jein aufeinander abgestimmten Vorträgen erörtert. Die anhaltende gespannte Zimmerluft der Teilnahme, rinnen bei der sehr zahlreich, fast pausenlosigen Vortragstätigkeit die Vorlesungen, daß die Frauen aus den besetzten Gebieten gern die Gelegenheit wahrnehmen, einmal offene Worte über die politische Situation, in der wir stehen, zu hören. Ein Tag war dafür vorgelesen, in dem Frauen aus den besetzten Gebieten Berichte über die karitative und soziale Frauenarbeit entgegenzunehmen. Gesellschaftliche Besprechungen und ein gemeinsamer Ausflug trugen mit dazu bei, zwischen den Frauen aus den besetzten Gebieten und den anderen Frauen das Gefühl der Schicksalsgemeinschaft, des Miteinanderverbundenheitens, in besonders schöner Weise zu fädeln und zu vertiefen, und wenn die Tagung keine anderen Erfolg gehabt hätte als dieser, dann wäre sie doch nicht umsonst gewesen. 6. Bi.

### Seht die Wählerlisten ein!

Die Wählerlisten für die auf den 29. November angelegte Wahl zum Provinzialparlament und zu den Kreisrägen liegen vom Sonntag, den 25. Oktober, bis einschließlich Sonntags, den 7. November, an den in den einzelnen Wahlbezirken feyerlich gemachten Orten öffentlich zu jedermanns Einsicht aus.

Alle Wahlberechtigten (Männer und Frauen) haben die Pflicht, die Listen zu prüfen und sich zu vergewissern, daß sie darin verzeichnet sind. Wer nicht in der Wählerliste steht, hat sofort die notwendige Aufnahme bei seiner Wahlbehörde zu beantragen. Wer am Tage der Wahl in der Wählerliste steht, verliert sein Wahlrecht. Demokraten! Sorgt dafür, daß der Partei keine Stimme verloren geht.

## Aus Parlamenten und Parteien

### Die Deutschvölkischen sind mit Hindenburg fertig.

Unter der Ueberschrift: „Der Tragödie letzter Akt“ kündigt der frühere deutschvölkische Reichstagsabgeordnete Sletter dem Reichspräsidenten v. Hindenburg Treue und Vertrauen, weil Hindenburg im Begriffe steht, den Vertrag von Locarno, „das 3. Versailles“, mit seinem Namen zu unterzeichnen. „Mit dieser Unterzeichnung, so schreibt Sletter elegisch, „fällt der Vorhang über dem letzten Akt der Tragödie des Feldmarschalls v. Hindenburg und Senedendorf, wie wir Deutschvölkischen es bereits unmittelbar nach seiner Wahl zum Reichspräsidenten voraussahen.“ „Ossen und unerlöseten“ sagt Sletter die „Wahrheit“ und die lautet: „Mit der Unterzeichnung des Hindenburgs unter dem Vertrag von Locarno, einschließlich des Eintritts in den Völkerbund, werden die schamlosen Wünsche aller offenen und verheimlichte Feinde eines freien, unabhängigen Deutschlands, werden die künftigen Hoffnungen aller „deutschen“ Völk- und Vaterlandserbitter erfüllt werden. Der „Nationalheros des deutschen Volkes“ schein die Opfer bringen zu wollen zur Abwendung des Chaos; aber die Deutschvölkischen hätten ein Recht darauf, in diesem für Generationen hinaus entscheidenden Augenblick deutscher Geschichte ihren eigenen Weg zu gehen.“ Die Selbstaufopferung eines Hindenburg im Hinblick auf seine ganze Tradition und Weltanschauung mag, persönlich gesehen, schwer genug sein, das von uns geforderte Opfer einer in aller Erhebelung rücksichtslosen Opposition gegen den Schmachvertrag von Locarno, den wir nie und nimmer anerkennen, auch wenn er seine Unterzeichnung trägt, oder gerade weil er vorerst nicht seine Unterzeichnung trägt, wird, ich gewiß nicht leicht. Der Tag, da die vererbgewöhnliche Gestalt eines Hindenburgs im „Rate der Gottlosen“ zu liegen und von gott- und vaterlandlosen Parteipolitikern gepörrt werden wird, sieht uns abwärts stehen.“ Das hätte sich Herr von Hindenburg wohl nicht träumen lassen, daß er bereits ein halbes Jahr nach dem Antritt seiner Präsidentschaft von denjenigen, die ihn schon zur Zeit mit dem größten Jubelgeschrei auf den Schild erhoben haben, als „Feind Deutschlands“ zum alten Eisen geworfen wird.

### Öffentliche Gelder für den Reichslandbund?

#### Eine „Sanierung“ der Landbundgenossenschaften

Es ist jetzt im Gange, die so eigenartig ist, daß die Aufrechterhaltung alter Kreise darauf gelenkt werden muß. Das Berliner Tageblatt war am Donnerstag abend in der Lage, mitzuteilen, der Reichslandbund habe dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften den Vorschlag gemacht, er solle sämtliche Reichslandbund-Genossenschaften mit allen Einrichtungen, aber auch allen Schulden übernehmen und solle für diese im völligen Zusammenbruch befindlichen Unternehmungen eine jährliche Gegenleistung von 600.000 Mark an die politische Spitze des Reichslandbundes abführen. Auf diese Weise würde sich einerseits der Reichslandbund die unangenehme Liquidierung der zusammenstürzenden Genossenschaften ersparen und das ganze Diumm des Reichsverbands aufbürden. Auf der anderen Seite aber wäre der gesamte politische Apparat, die Unterhaltung der reichigen Geschäftsstelle in Berlin und die Fortführung der politischen Manöver des Landbundes gesichert. Diese Nachricht erschien zunächst fast ungläublich, aber sie findet ihre Bestätigung in einer Mitteilung, die der Reichslandbund nunmehr am Freitag morgen in seiner Presse veröffentlichte. Danach haben in der Tat auf Anregung des Reichslandbundes zwischen diesem und dem Reichsverband der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Verhandlungen stattgefunden, „um über die Möglichkeit einer Übernahmestunde der genossenschaftlichen Einrichtungen des Reichslandbundes zu verhandeln.“ Zur Erleichterung der Angelegenheit sei eine Kommission eingesetzt, die die Sache schleunigst zum Abschluß bringen werde. Wenn der Reichsverband landwirtschaftlicher Genossenschaften eine angeblich völlig unpolitische Organisation wäre, so wäre schon dadurch einer so ausgeprochen politischen Vereinigung wie dem Reichslandbunde durchzuführen wolte, so wäre schon dadurch Anlaß zu lebhaftester Kritik gegeben. Es kommt aber hinzu, daß der Reichsverband derartige finanzielle Verpflichtungen nicht ohne Unterstützung der preussischen Zentralgenossenschaftsstelle eingehen kann. Wir sehen also vor der ungeheuerlichen Tatsache, daß geplant wird, den politischen Apparat des Reichslandbundes durch öffentliche Gelder liberalt zu halten. Hier erwidert dem preussischen Finanzministerium als der Aufsichtsbehörde für die Zentralgenossenschaftsstelle die Pflicht, sofort nach dem Rechten zu sehen und die von den Agrariern in Aussicht genommene parteipolitische Verwendung von Staatsgeldern zu unterbinden. Im Hinblick hierauf hat denn auch die demokratische Fraktion des preussischen Landtags folgende kleine Anfrage eingebracht: „Zeitungsnachrichten zufolge sollen die zusammenbrechenden Genossenschaften des Reichslandbundes von dem Reichsverbande landwirtschaftlicher Genossenschaften mit allen Einrichtungen, aber auch mit allen Schuldenübernehmungen übernommen werden. Zur Sanierung der parteipolitischen und unzulässig geleiteten Landbundgenossenschaften soll die Vermittlung der Preuss. Zentralgenossenschaftsstelle angereuert sein. Wir fragen das Staatsministerium: Sind diese Angaben zutreffend? Da der Reichslandbund selbst die Richtigkeit seiner Zeitungsnachrichten zugibt, so wird man jetzt vor allem die Erklärung des Finanzministeriums zu erwarten haben, daß es die Zentralgenossenschaftsstelle zu solchen Dingen nicht zur Verfügung stellt.“

## Der Jungdo für Verständigung mit Frankreich.

Es geschah noch Zeichen und Wunder. Der „Hochmeister“ des Jungdeutschen Ordens, einer Organisation von bisher ausgespart nationalitätem Charakter, hat dem außenpolitischen Leiter des deutschfeindlichen „Matin“, Jules Gauverwin, eine Unterredung gewährt, in der er sich nachdrücklich für eine Verständigung Deutschlands mit Frankreich ausgespart. Hochmeister Marabin vertritt danach die Meinung, daß „ein Zusammengehen der französischen und der deutschen Wirtschaft mit oder ohne Eintritt Englands in diese Kombination“ die Garantie eines wirklich dauernden Friedens sein würde. Er empfiehlt „ein französisch-deutsches Industriebündnis“ großen Maßstabes, von der französischen und der deutschen Regierung auf einen langen Zeitraum als unauflöslich garantiert, und schlägt als Gegenleistungen Frankreichs eine kleinere Räumung der besetzten Gebiete vor und Aufhebrung des Friedensvertrages von Versailles, soweit er die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland angeht. Das Letztere würde, wie er auseinandersetzt, ganz wesentlich auch im Interesse Frankreichs liegen. Wir wollen darauf verzichten, die Einzelheiten dieses „Marabinischen Pakttes“ eingehend zu kritisieren; die Hauptsache ist, daß selbst eine Organisation wie der Jungdeutsche Orden anerkennt, mit dem bislang von ihm betriebenen Politik nicht gehrt werden und eine wirkliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erzielen. Daß diese Erkenntnis nicht gekommen ist, ist erfreulich. Wir hätten nur gewünscht, der Jungdo und ähnliche Vereine hätten sich früher zu ihr durchgerungen. Dann würden Männer wie Walter Rathenau noch unter uns sein.

### Seltene Schächer der Demokratie.

Im Verfassungsausschuß des Reichs Landtages hat sich jüngst ein Vorfall abgepielt, der gewiß viele Kreise interessiert: bei Erörterung der Frage, ob nach Neuwahl des Landtages auch der Reichspräsident neu zu wählen sei, fanden sich die Demokratischen, Volksparteier und Kommunisten zusammen. Diese Kreise nämlich, die Rechte der Demokratie wahrzunehmen. Diese Rechte nämlich, so erklärte das merkwürdige Kleblatt, seien verletzt, wenn nicht jedesmal ein neuer Landtag das Recht zur Neuwahl des Reichspräsidenten erhalte. Mit großer Wärme entwidelten die Redner jener Parteien die Notwendigkeit eines solchen Vorgehens aus den demokratischen Grundanschauungen heraus! Abgesehen von den juristischen Gegenständen wies demgegenüber der demokratische Abg. Dr. Gzmez darauf hin, gerade die Rechte habe doch immer wieder hervor, die neuen Staatsformen in Preußen und Deutschland seien der Eigenart des deutschen Volkes nicht genügend angepaßt und abtmen fremde Verfassungen zu stark nach. Bei der preussischen Verfassung liege in der Bestimmung, da nicht die Hälfte der zufällig anwesenden, sondern mindestens die Hälfte der sämtlichen Abgeordneten notwendig sei, um den Ministerpräsidenten oder einen Minister zu stützen, eine Anpollung der Grundzüge der Demokratie an die deutschen Verhältnisse. Die innere Zerrissenheit Deutschlands erfordere gewisse Vorbeugungsmahnahmen gegen eine übertriebene Ministerrezerei und der demofunktionale Abg. v. Kries habe früher gerade immer betont, daß eine solche Maßnahme im Sinne der Autorität des Staates und einer stabilen preussischen Regierung überaus wünschenswert sei. Jetzt aber, wo es ihnen in den Krampf haust, behaupten die Deutschnationalen glatt das Gegenteil. Das ist konsequente Politik, verantwortungsbewußte Opposition einer staats-erhaltenden Partei!

### Naumann-Kalender 1926.

Der Verlag Neuer Staat hat alle Jahreshefte zu auch für 1926 einen Naumann-Kalender herausgebracht, der allen Freunden Friedrich Naumanns und darüber hinaus allen politisch Interessierten sehr willkommen sein wird. Bringt er doch neben den besten Gedanken Naumanns über Kunst und Handwerk, die nach heute und gerade heute von Bedeutung sind, auch eine Fülle von Aufsätzen über Gegenwartsfragen. Es haben der Reichstagsrat Dr. H. Simons, der preussische Handelsminister Dr. Schreiber und manche andere wertvolle Aufsätze beigetragen. Ein ausgezeichnetes Kalendarium und vorzügliches Bildwerk schmücken den Kalender, dessen Preis so gering gestellt ist (75 Pf.), daß ihn jeder sich anschaffen kann. Bestellungen beim Verlag Neuer Staat, Berlin SW. 11, Bernburgerstraße 18.

### Karl Schumacher,

der Generalsekretär der Deutschen Demokratischen Partei für den Wahlkreis Berlin beging am 27. Oktober die Feier seines 70. Geburtstages. 32 Jahre hindurch steht jetzt der Jubilar in unverminderter geistiger und körperlicher Frische im Dienste der Parteien, die die Erziehung des Volkes zu wahrhaft liberaler und demokratischer Genügnung auf ihre Jahre gestrebt haben, und erfolgreich hat er an dieser Erziehung mitgearbeitet, zuerst als Parteisekretär in Erfurt, dann seit 1905 in Berlin als Funktionär der Freimünnigen, später der fortschrittlichen Volkspartei und seit 1918 der Deutschen Demokratischen Partei. Bei zahlreichen Neuwahlen hat er vor dem Kriege auch in anderen Wahlkreisen mitgeholfen und ist so besonders in Mittel- und Ostdeutschland überall bekannt geworden. Kluge der geachtete Parteifreund noch recht viele Jahre seine wertvollen Dienste dem Ausbau der Demokratie zu widmen in der Lage sein!

Verantwortlich für die Schriftleitung: Freda Marie Grätz in Dohna; für den Anzeigen- und Verlag: Deutsche Demokratische Partei, sämtlich in Halle. Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Leipzig.

## Ein deutschnationaler Muster-Parlamentarier

Wie der frühere Provinzialrat, Mitglied des Preuss. Landtages, der bei seinen Fraktionsgenossen als Autorität in Politikfragen gilt, obwohl er keinerlei Eignung für den Politischen Beruf hat, als der Bedeutung seiner Person entspricht, am 18. Oktober im Landtage erklärte, daß es in der Schutzpolizei ein Wahrheitsgefühl fehle, nahm sich am nächsten Tage der demokratische Abg. Barteld diesen Wahrheitsfanatiker etwas unter die Lupe und stellte fest, daß eine große Anzahl der Angaben, die Abg. Bort im amtlichen Handbuch für den Preussischen Landtag 1925 über sich gemacht hat, unzutreffend sind. Abg. Bort wurde später den peinlichen Eindruck dieses Nachweises durch ein paar allgemeine Redensarten abzuwehren, Abg. Barteld aber erwiderte, um die Sache klarzustellen, den deutschnationalen Abgeordneten, kein Einverständnis dazu zu geben, daß aus Borts Personalpapieren die notwendigen Angaben gemacht werden. Das hat Abg. Bort nicht getan, dagegen schickte er den deutschnationalen Abg. Dallmer in der nächsten Sitzung zu einer Erklärung vor, durch die die Behauptungen des Abg. Barteld als unrichtig hingestellt werden sollten.

Daraufhin hat nunmehr Abg. Barteld in der Landtagssitzung vom Mittwoch nachstehende Erklärung abgegeben: „Der Herr Abg. Dallmer hat nach dem Stenogramm in der 82. Sitzung des Landtages am Montag, den 19. Oktober d. Js. folgendes ausgeführt: „Borgeltern hat Herr Kollege Barteld den Gesandten gehabt, umern Kollegen Bort in einer persönlichen Art anzugreifen mit Ausführungen, die auch den Tatsachen nicht entsprechen. Was er aus dem Handbuch vorgelesen hat, war durchaus unrichtig gelesen.“ Ich weise diese Unterstellungen des Herrn Abg. Dallmer mit aller Entschiedenheit zurück. Was ich aus dem Handbuch für den Preuss. Landtag vorgelesen habe, entspricht genau dem Wortlaut in der Lebensbeschreibung des Herrn Abg. Bort im „Handbuch für den Preussischen Landtag 1925“. Was meine weiteren Bemerkungen in bezug auf diese Angaben des Herrn Abg. Bort angeht, so verweise ich auf meine Ausführungen vom 17. Oktober, in denen ich gesagt habe: „Wenn der Abg. Bort der Ansicht sein sollte, daß diese Ausführungen nicht richtig wären, dann fordere ich ihn auf, sein Einverständnis dazu zu geben, daß der Herr Minister des Innern aus den Personalpapieren des Herrn Abg. Bort die notwendigen Angaben macht.“ Ich habe dem auch heute nichts hinzuzufügen.“

## Zölle, Steuern — Deutsche Volkspartei.

Der Deutschen Volkspartei ist es außerordentlich unangenehm, daß in den demokratischen Versammlungen in Berlin, die im Hinblick auf die Stadtverordnetenwahlen am letzten Sonntag stattfanden, auch die Zölle und Steuererlasse in die Debatte gezogen wurden und untersucht wurde, welche Parteien die Schuld an der Verletzung der Lebenshaltung tragen. Ein gerüttelt Maß dieser Schuld fällt nämlich auch auf die Deutsche Volkspartei. Daher der Schmerz, in Berliner Rechtsblättern floppelt daher die Deutsche Volkspartei eine Art Entschuldigung zu bekommen, um schließlich zu dem verbliebenen Resultat zu kommen, daß Sozialdemokraten und Demokraten an der Steuerung die Schuld tragen. Wir haben es nicht nötig, auf die groteske Entstellung der Tatsachen aus Eigenem etwas zu erwidern, wir begnügen uns auf die Mitteilung der Aussagen eines gewiß unvoreingenommenen Mannes, des Abg. Cremer von der Deutschen Volkspartei. Dieser Herr legte am 11. Oktober auf einem vorkonstituierenden Parteitag für Westenburg-Lübeck wörtlich: „Leider hat der deutschnationalen Finanzminister v. Schlieben nicht dafür gesorgt, daß die deutsche Wirtschaft im abgelaufenen Jahr die dringend notwendige Altempause erhielt. So sind im vorigen und diesem Jahr aus den von der Wirtschaft gesetzten Reichtumsnahmen etwa 2,2 Milliarden Ueberflüsse erzielt, mit denen Reich, Länder und Gemeinden unumtätig und wirtschaftlich gefährliche Finanzierungen geschaffen haben. Es war eine Sünde, gegen die Wirtschaft, ihr in diesen Mengen das Arbeitskapital zu entziehen, um es auf dem Umwege über staatliche und taatlich subventionierte Banken für zu teuren Zinsen wiederzugeben. Bei der heutigen Kapitalnot in Deutsch- und sind dortige Sparpolitik der Regierung falsch. Und über die Zollpolitik sagte Abg. Dr. Cremer: „Leider verwehrt der Zolltarif die Produktion und erschwert die Umsätze.“ „Zu den erwarteten Handelsverträgen seien wir nicht gelangt.“ „Statt dessen macht der deutschnationalen Wirtschaftsminister Neuhaus einen theoretischen Preisabau.“ „Sofortlich hält der Abg. Cremer recht zahlreiche Wahrheiten mit dem Thema: „Wer ist schuld an der Steuerung?“

## Vaterländische Freimaurerei.

Der Freimaurerbund „Zur aufgehenden Sonne“ (Unabhängige Großloge N. 3. A. S.) hat sich bekanntlich große Verdienste um die Verbreitung pazifistischer Gedanken in Deutschland und um die deutsch-französischen Verständigung erworben. Dieser Bund hielt kürzlich in Freiburg seine diesjährige Jahresgeneralversammlung ab. Die folgende

schriftlichen Blätter Badens nahmen davon erfreulicherweise Notiz und bemerkten auch, daß zahlreiche Vertreter französischer Logen an der Tagung teilnahmen. Schnellig veröffentlichten nun die drei Freiburger altpreussischen Logen in der Hochrheinischen „Freisgauer Zeitung“ folgende Erklärung:

„Die hiesigen auf streng vaterländischem Standpunkt stehenden Freimaurerlogen „Zur edlen Aussicht“, „Friedrich zur Treue“ und „Zu den drei Tannen im Schwarzwald“ erklären, daß sie mit dem sogenannten Freimaurerbund „Zur aufgehenden Sonne“ in keinerlei Beziehungen stehen, der glaubt, es mit seinen vaterländischen Mitgliedern in Einlang bringen zu können, wenn er mit den Logen unserer unerschütterlichen Feinde Gemeinschaft pflegt.“

Erfreulicherweise beteiligte sich die vierte Freiburger Loge „An Treue fest“, die der Bayerischer Großloge angehört, nicht an diesem Entwürfsstas.

Die drei altpreussischen Logen erhielten nun von der „Voltsmacht“ folgende Abfuhr:

„Die Bemerkung ist echt wöllig einseitig. Bekanntlich gehörte auch einer der berühmtesten Freimaurer Deutschlands, Lessing, einer nicht anerkannten Loge an. Wer verleiht übrigens älteren Logen das Recht, jüngere Neugründungen anzuerkennen, oder nicht? Der F. J. A. S. hat nicht nur von Anfang an ausdrücklich auf eine Anerkennung durch die geistig kulturell rückschrittlichen deutschen Mitgliden verzichtet, sondern rechnet sich diese Unabhängigkeit zur großen Ehre an. Dagegen arbeitet er als einzige heulische Großloge mit Eifer und Begeisterung gemeinsam mit den französischen Großlogen an der deutsch-französischen Verständigung. Sollte diese echt vaterländische Arbeit nicht größeren praktischen Wert haben als ein bloßes Brüllen mit einer alleinseigmachenden vaterländischen Gesinnung?“

### Voranzeige.

Der Spitzenkandidat unserer  
Vorschlagsliste zum Provinziallandtag,  
**Herr Landrat  
Dr. v. Krause-Quertfurt**  
wird am Mittwoch, den 11. November,  
in Halle sprechen.  
Nähere Mitteilungen erfolgen noch.

### Aus den Vereinen

### Wahlvorschlag

der Deutschen Demokratischen Partei  
im Regierungs-Bezirk Merseburg

- für die am 29. November stattfindende Provinziallandtagswahl.
1. Dr. von Krause, Paul, Landrat in Quertfurt
  2. Renfer, Fritz, Amtsleiter, Halle a. d. S.
  3. Dr. Kühnlein, Johannes, Kreisarzt, Merseburg
  4. Zimmermann, Arthur, Landrat in Weißenfels
  5. Richter, Friedrich, Kaufmann, Bitterfeld
  6. Schierwagen, Franz, Landwirt, Schönnewerda-Ansturt
  7. Schmidt, Hans, Fabrikant, Sangerhausen
  8. Krauß, Toni, Frau, Naumburg-S.
  9. Müller, Wilhelm, Oberingenieur, Halle a. d. S.
  10. Wunderlich, Wilhelm, Rektor, Falkenberg, Bez. Halle
  11. Friede, August, Malermeister, Passendorf
  12. Windler, Gustav, Lehrer, Eiselen
  13. Behje, Margarete, Handlungsgeschäftin, Halle a. d. S.
  14. Koetlin, Kurt, Seminaroberlehrer, Merseburg
  15. Ruhig, Friedrich, Lehrer, Altsleben
  16. Zult, Richard, Zivil-Ingenieur, Ammendorf
  17. Rohloff, Leo, Studentent, Weißenfels
  18. Görner, Carl, Marine-Obermaterialienverwalter a. D., Herzberg-Elfert

## An unsere Freunde in Stadt und Land!

Die Bedeutung der Wahlen zum Provinziallandtag und Kreisrat reicht über die Provinz. Sie sind entscheidend für das Gesicht unserer Partei im Landtage. Mit der demokratisch gerichteten preussischen Regierung aber Recht und führt jede demokratische Entwicklung im

Reich. Es geht also nicht bloß um die Provinz, es geht um Preußen und das Reich.

Geradezu ein politischer Akt aber wird die Provinziallandtagswahl dadurch, daß die Provinzen die Hälfte des Reichspräsidenten im Reichsrat, und daß sie ferner die Mitglieder des Staatsrates zu wählen haben.

Die Demokratische Partei kämpft:

1. für eine Steuererteilung, die die Wirtschaftsmöglichkeiten beachtet (Kampf gegen Umjahreuer und falsche Zölle).
  2. für die Freiheit der Selbstverwaltung (Kampf um den Finanzausgleich).
  3. für eine einfache, von Bürokratie freie, republikanische Verwaltung (Kampf um eine Verwaltungsreform).
  4. für ein gutes Beamtenrecht.
  5. für die kulturelle Führung des Staates und Wahrung des Religionsfriedens (Kampf gegen dem Reichshulgegentum).
- Wir versprechen nicht, wir halten.  
Denkt an die Wahlen vom 7. Dezember und an die Wortbrüche der Rechtsparteien!

## Wahlen kosten.

Geht einen Beitrag für die Wahlen am 29. November. Ohne Opfer kein Erfolg. Stärkt den Wahlfonds, jeder nach seinen Kräften. Auch die kleinste Spende ist willkommen.

Einzahlungen erbeten an Bankhaus v. Schönlank, Halle-S., Poststraße (Postfachkonto Leipzig 9923) oder in der Geschäftsstelle Leipzigerstraße 21.

Während der Wahlzeit bietet sich die beste Gelegenheit, für die Partei zu werben. Stärkt die eigenen Reihen zum Wohle der Allgemeinheit. Jeder kann ein neuer Mitglied der Partei ein neues Mitglied zuführen.

## Deutsche Demokratische Partei.

## Der Verein der Deutschen Demokratischen Partei in Halle

hielt am Dienstag eine Mitgliederversammlung ab, in der nach einem Bericht über den Bezirksvertretertag und den Stand der Vorbereitungen für die Provinziallandtags- und Kreisratswahlen der Vorsitzende, Oberingenieur Müller einen Vortrag über die Bauvorhaben in der Stadt Halle hielt. Der Vortragende verhandelte seine Schilderungen der städtischen Bauprojekte an Hand reichhaltiger Erklärungen zu einem für die Zuhörer höchst interessanten Bild zu gestalten. Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen und Erläuterungen über den Ausbau des Flugplatzes und Flughafenens, über den Sauplan für eine allen Anforderungen der Neuzeit genügende Stadthalle und einer Markthalle, sowie über die Modernisierung des Straßennetzes. An den mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine sehr eingehende Aussprache, in der das Für und Wider der einzelnen Projekte hervorgehoben und besonders die Förderung einer dringend notwendigen Bautätigkeit zur Lösung der Wohnungsfrage unterfunden wurde. Wiederholt wurde auch dem Wunsch Ausdruck gegeben, künftig die Abhaltung derartiger kommunalpolitischer Abende mehr als bisher zu pflegen.

Demokratische Frauengruppe Halle.  
Freitag, den 6. November, 8.35 Uhr, in Nicolaus, spricht Gräfin Dolna über die politische Lage.

## Wir bitten unsere Freunde und Leser, sich bei Einkäufen auf die Inserate in unserem Blatt zu beziehen.

## Eine Bitte der Jungdemokraten!

Seit einiger Zeit besitzt auch unsere hallische Gruppe eine kleine Bibliothek, die unseren Mitgliedern kostenlos zur Verfügung steht. Eine Erweiterung durch Neanschaffung auf eigene Kosten ist uns nicht möglich. Wir wenden uns deshalb an alle Freunde unserer Bewegung mit der Bitte, uns durch Zuwendung von Büchern oder durch Geldspenden zu unterstützen. Wir sind für jede Gabe, sei sie auch noch so klein, herzlich dankbar. Alle Zuwendungen und Spenden bitten wir an Ziti. Räte Dorobüsch, Leipzigerstr. 21, 1. Stod, zu richten. Jungdemokraten Halle.

## Jungdemokraten, Halle.

Am Dienstag, den 3. November, findet abends 8 Uhr unsere „Reichstagsmodellierung“ im Restaurant St. Nicolaus statt. Als Thema haben wir „Staatsform und Verfassung“ gewählt und bitten alle Freunde, an diesem Abend pünktlich zu erscheinen. Gäste sind willkommen.

Gelegentlich machen wir darauf aufmerksam, daß wir am 21. November ein Herbst-Bergnügen veranstalten. Kartenvorverkauf wird noch befanntgegeben.

### Die Arbeiterschaft und der nächste Krieg.

In einer öffentlichen Versammlung des Friedensrats Halle am Montag im Volkspark sprach Ministerialrat Falkenberg über die „Arbeiterschaft und der nächste Krieg“. Die Arbeiterschaft, die ja in ihrer überwältigenden Mehrheit pazifistisch eingestellt ist, unterschätzt leider vielfach noch die Notwendigkeit einer aktiven Unterstützung der Friedensbewegung. Und doch ist dies die notwendige Voraussetzung, um den Kriegseglütten gewisser Kreise erfolgreich Widerstand leisten zu können. Die Führer der Arbeiterbewegung haben dies auch erkannt und sich verschiedentlich auf den internationalen Gewerkschaftskongressen für die Mitwirkung der Arbeiter an der Erhaltung des Völkerrfriedens entschieden. Sie haben es aber bislang veräumt, ihre Anhänger auf die Wichtigkeit der Frage hinzuweisen. In letzter Zeit ist man allerdings von ver-

schiedenen Seiten aus daran gegangen, das Veräumte nachzuholen. Auch das in Halle neugebildete Friedensratell, das unter der Führung der Deutschen Friedensgesellschaft steht, will diesen Zweck der Erziehung zum Pazifismus dienen. Die vortrefflichen Ausführungen Falkenbergs wurden mit großem Beifall aufgenommen. In den Vortrag schloß sich eine äußerst angeregte Diskussion an. E. W.

### Mitteilungen

#### Empfehlenswerte Schrift.

Aus der Feder eines der besten Kenner, des Herrn Generalsekretärs D. R. Föhrners, ist folgenden erschienen:

Deutsche Demokratische Partei  
Preis 0,50 Mark.

Diese speziell für Aufführungszwecke bestimmte Monographie enthält in gedrängter Form alles über die Partei Wesentliche.

Der Verfasser hat es ausgezeichnet verstanden, auf dem zur Verfügung stehenden Raume eine Darstellung des Lebens, der Organisation und der Ziele der Partei zu geben, die von keinem Werte ähnlichen Umfangs und Preises auch nur annähernd erreicht wird. Der Hauptwert der Schrift liegt in der überzeugenden Sachlichkeit. Den Außenstehenden werden die Ausführungen des Verfassers unbedingt überzeugen; dem Parteimitgliede wird der klare Überblick ein wertvoller Leitfaden sein. Die Broschüre stellt daher ein unentbehrliches Rüstzeug für die systematische Parteiarbeit der Ortsgruppen, Verbände und Einzelmitglieder dar.

Da die Schrift besonders dazu beiträgt, eine Einseitigkeit der Auffassung in allen schwebenden Grundfragen der Gegenwart zu erzielen, sollte jedes eingetriebene Mitglied ein Exemplar der Schrift besitzen!

Zu dem oben angegebenen Preise hält die Parteigeschäftsstelle in Halle, Leipzigerstraße 21, die Schrift vorrätig. Bestellungen nach außerhalb werden gegen Einzahlung von 60 Pfg. sofort erwidert.

**Diein  
Kleider  
Zeit**

Wagt  
**SOFORT**  
hinter uns wenn  
wir kredit haben.

Der wird Ihnen geboten durch das **bequeme Zahlungsverfahren** ununterbrochen in die Zahlungsenteilung nach Ihren Wünschen das Ihnen den Einkauf von guten modernen Damen-, Mädchen-, Herren- u. Junglings-Konfektion, Leib-, Bett- u. Hauswäsche, Gardinen, Gross, Bekleidungs-Manufakturwaren usw. wieder ermöglicht ohne daß Sie sich eine drückende Last aufbürden.

**Väsche  
UND KONFEKTIONS-  
Vertrieb**

HALLE a. S. G. M. B. H. Gr. Ulrichstr. 45.  
gegenüber d. Hauptbahnhof

SPECIAL ABTEILUNG  
LODENSEKLEIDUNG  
LODEN  
JOPPEN

in hundertfacher Auswahl:  
**Loden-  
Mäntel,**  
offene und geschlossene  
Form, echt bayer. Fabrikate  
18,- 25,- 28,50 33,-  
35,- 39,- 42,- 48,-

**Herren-Ulster**  
und  
dunkel. Wint.- Paletots  
unverfälschte schöne Aus-  
musterungen,  
neueste Fasson  
33,- 42,- 48,- 57,-

Neuere Preise sind billig und nicht durch hohe  
Geschäftskosten belastet.

**Julius Hammorschlag**  
Halle a. S. 36 Gr. Ulrichstr. 36  
Nähe der Alten Promenade.

**Möbel-**  
Verkauf gegen  
ganz bequeme  
Teilzahlung

Möbel für 50 Mk. Anzahlung 10.  
Möbel für 100 Mk. Anzahlung 15.  
Möbel für 200 Mk. Anzahlung 50.  
Möbel für 300 Mk. Anzahlung 80.  
Möbel für 1000 Mk. Anzahlung 150  
usw. usw.

Herrenzimmer  
Wohn- und  
Schlafzimmer  
Korbmöbel  
Kinderwagen  
Aparte Küchen  
sow. einzelne  
Möbelstücke

als Sofas, Ruhebetten, Bett-  
stellen und Matten, Schränke,  
Vertikos, Kommoden, Spiegel,  
Küchenschränke, Tische, Stühle,  
Wanduhren, Federbetten, Stropf-  
decken, Gardinen, Teppiche.

Herren- und Knaben-  
**Anzüge**  
Regenmäntel, Paletots,  
Ulster, Wintermäntel  
auf bequeme  
Teilzahlung  
Grösstes Fallgelingen.

**N. Fuchs**  
Halle (Saale)  
Große Ulrichstraße Nr. 38  
I. u. II. Etage  
(im Hause der Nordsee).  
Kredit auch nach  
auswärts.

Bunte und weiße  
**Ober-  
hemden**  
unerreicht in  
Auswahl und Güte  
**Rautenberg**  
am Leipziger Turm.

**Inserieren  
erhöht den Umfang!**

**Selbstbinder**  
riesige Auswahl und moderne  
Förden, kartiert und getreift.

Preisliste:  
Mk. 1.00 1.45 1.95 2.50  
2.95 3.50 3.95 4.50

**Moritz Rosewitz**  
Halle G., Steinweg 7.

**Stauend billig**  
sind unsere Preise in  
**Herren-Bekleidung!**

Herren-Mäntel für den Winter, moderne Formen und Far- 27<sup>50</sup> an  
Herren-Mäntel für den Winter, das Beste vom Besten, von 45<sup>50</sup> an  
Gumm-Mäntel in allen Farben und Formen von 17<sup>50</sup> an  
Herren-Anzüge haltbare Stoffe, moderne Fasson von 26<sup>50</sup> an  
Herren-Anzüge Ersatz für Wolle, elegante Fasson von 46<sup>50</sup> an  
Herren-Joppen für den Winter, mit warmem Futter von 17<sup>50</sup> an  
Manchester-Anzüge für Herren, ganz gefärbt, von 34<sup>50</sup> an  
Herren-Hosen auch in Veredels, gute haltbare Qualität, von 4<sup>50</sup> an  
Herren-Windjacken gute, imprägnierte Stoffe von 10<sup>50</sup> an

Gehrocke und Smoking-Anzüge  
Entaway-Westen in la Qualität vorrätig  
Knaben-Mäntel und -Anzüge  
Große Auswahl! Billige Preise!

**System Konkurrenzlos**

Inhaber: J. Kowitz  
Leipziger Straße 11

**Clubfessel  
Clubsofas  
Clubtische**

Solide Arbeit. Günstige Preise.

**Wilhelm Busse**  
Halle - Saale  
Geißstraße 45. Telefon 3714.

**Schlesingersche  
Buchdruckerei**  
Halle a. S.  
Fernspr. 1405 Gegr. 1879

**Die gute Drucksache**  
für jeden Zweck  
prompt preiswert

## Diese Preise sprechen

Kleider-Stoffe	Damen-Bekleidung	Damen-Hüte	Damen-Wäsche
<b>Fouliés</b> reine Wolle, gr. Farbauswahl . . . Mtr. 2,75	<b>Damen-Jackeits</b> aus schweren Winterstoffen . . . Stück 5,50	<b>Garnierte Filzhüte</b> in Sportfarben . . . Stück 1,25	<b>Unterarmen</b> mit Stickerei . . . Stück 49 Pl.
<b>Popelines</b> reine Wolle, doppeltbreit, in allen Farben . . . Mtr. 2,85	<b>Damen-Mäntel</b> aus warmen Damenstoffen, mod. Verarbeitung Stck. 0,50	<b>Samt-Hüte</b> mit Band-Garnitur . . . Stück 2,80	<b>Damen-Hemden</b> mit Langette u. Hohlraum . . . Stück 98 Pl.
<b>Popelines</b> reine Wolle, doppeltbreit, in allen Farben . . . Mtr. 2,90	<b>Backfisch-Mäntel</b> aus prima Flauch, mod. Farb., einr. Fasson Stck. 1,95	<b>Filz-Hüte</b> Herrenform . . . Stück 4,35	<b>Damen-Hemden</b> mit Hohlraum u. gestickt . . . Stück 1,65
<b>Serges</b> reine Wolle, doppeltbreit . . . Mtr. 2,95	<b>Damen-Mäntel</b> aus halbbaren farb. Tuchen m. Tressen-Garnitur Stck. 1,075	<b>Kleidsame Frauenhüte</b> mit Zylinderplisch oder Samt . . . Stück 4,75	<b>Damen-Hemden</b> mit Achselanschluß u. Stickerei . . . Stück 1,95
<b>Crêpes</b> reine Wolle, doppeltbreit, moderne Farbonden . . . Mtr. 4,50	<b>Damen-Mäntel</b> aus modernen melierten Stoffen in Pelzkragen Stck. 1,95	<b>Flotte Plüsch-Hüte</b> mit Ziermadel . . . Stück 5,50	<b>Beinkleider</b> mit Langette u. Hohlraum . . . Stück 1,35
<b>Velours de laine</b> reine Wolle 150 cm breit . . . Mtr. 4,00	<b>Damen-Mäntel</b> aus schwerem Mouline, II. Herrentasson, m. Samtkr. Stck. 1,975	<b>Weiche Samt-Hüte</b> mit Stepprand und Ziermadel . . . Stück 6,75	<b>Beinkleider</b> mit Stickerei-Volant . . . Stück 1,75
<b>Gabardines</b> reine Wolle, 130 cm breit, große Farbauswahl . . . Mtr. 5,75	<b>Damen-Mäntel</b> aus Velour de laine, m. seil. Garnit., sehr kleidsam Stck. 3,50	<b>Fesche Reier-Hüte</b> aus Plüsch oder Samt . . . Stück 7,50	<b>Nachthemden</b> gestickt . . . Stück 2,75

für **J. Lewin**  
Halle a. S.

**Sportwolle** in allen Farben 100 in 1/2 Pfund  
**Schneestern-Wolle** in allen Farben 185 schwarz u. grau 70 in 1/2 Pfund  
**Strickwolle** 70 in 1/2 Pfund

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 34

Halle (S.), Sonnabend, 31. Oktober 1925

1. Jahrgang

## Deutschnationale Katastrophenpolitik! Das Werk von Locarno gefährdet. — Der Reichstagsauflösung entgegen!

### Was nun?

Es ist den Deutschnationalen gelungen, ihre zahlreichen bisherigen „nationalen“ Enten durch ihr letztes Hebenstück zu überbrücken. Die Rechte vaterländischer Gesinnung haben es fertig gebracht, Deutschland jäh vor unabsehbare und außen- und innenpolitische Schwierigkeiten und Gefahren zu stellen. Der Serzug ist derzeit großartig, daß wir ihn uns noch einmal klar machen müßten. Die deutschnationalen Minister (als Mitglieder der kürzlichen Regierungspartei) haben den Verhandlungen über den Sicherheitspakt und zuletzt dem Vertrag von Locarno am 22. Oktober in der Kabinettsitzung unter Vorsitz von Hindenburg zugestimmt; der Vertrag war den Herren bekannt und auch die Tatsache, daß er unabänderlich ist und nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden kann.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion aber hat am vergangenen Sonntag ihre Zustimmung zum Vertrag verweigert und ihre Minister aus der Regierung zurückgezogen. — Warum? Weil die Abreglung mit nationalitätlichen Phrasen gefütterten Wächers immer lauter drohen und murzeln; also: aus Angst vor der Straße!

Eine wahrhaft nationale Partei hätte wenigstens erst die „Mächtigungen“ des Vertrages von Locarno abgewartet, anstatt sie im gegenteil zu gefährden. Aber das letztere ist ansehender die Pflicht; anders läßt sich der gewählte Zeitpunkt nicht erklären. Die Deutschnationalen mußten sich beugen; denn schon hatte Polen den Befehl zur Ausweisung der Östern zurückgenommen, und bereits wurde der Zeitpunkt für die endliche

### Stimmung Köln

Wogen. Das durfte so nicht weitergehen, sonst nahm die gegenwärtige Deutschnationalen ihr ganzes Agitationsmaterial! Schnell froh auf die feimende Friedensjaat, damit man beweisen kann, daß sie nicht feimt! Poincaré nicht sich jetzt ins Fränkchen, die Internationalen der Nationalisten hat sich wieder einmal in die Hände gespielt. — Was nun? — Vorläufig regiert das Kabinettsmitglied die stärkste Regierungspartei weiter, und Luther hat ansehender die Pflicht, diesen Zustand bis zur Abstimmung über Locarno im Reichstage andauern zu lassen. Sie wird diese Abstimmung sich nun aber gefahrten? Ueber sie sind sich alle — die Deutschnationalen eingeschlossen! — innerlich klar.

### Der Vertrag muß angenommen werden!

Nun gibt es drei Möglichkeiten: Entweder die Deutschnationalen fallen auch diesmal wieder um, was selbst jetzt noch nicht ausgeschlossen ist. Symptome:

### nur 60 Prozent der Fraktion

waren bei dem „einstimmigen“ Beschluß zugegen, und — anmüßte sogar von einer Spaltung der Partei. Außerdem schwärmen die Herrschaften für Tradition; und in Gang auf Umfalle hat sich bei ihnen tatsächlich eine bereits wahrte Tradition herausgebildet. Nennen wir nur einige Meilensteine auf dieser via triumphalis (man nenne sie auch als Grabsteine auf ihrer via appia bezeichnet):

### Dawes-Gesetz

undelsvertrag mit Spanien, desgleichen mit Spanien die sofortige Kündigung war doppelt blamabel! Aufzehrungsgesetz! ... Es käme also wirklich auf einmal mehr nicht an; man wäre da großzügig! Es fragt nun, ob die Angst vor den Wählern nicht doch schließlich endgültig liegen wird.

Oder — zweite Möglichkeit: die Linke nimmt den Deutschnationalen die Verantwortung ab. Das würde den Deutschnationalen wohl passen! Da könnten sie schon begnüglicht die starken nationalen Männer spielen und wieder die verurteilten „Erfüllungspolitiker“ wettern. Und wenn dann die Gefahr vorüber wäre, würden sie wieder die Ansprüche anmelden. Die Sugenbergs-Preise, die sich auf das bescheidende geistige Niveau ihrer Väter stellen und veranschaulicht reden, müßte diese Bläse recht und unerfüllbar an. Nein, meine Herrschaften! Das dumme werden weder die Demofanten, noch die Sozialdemokraten sein. Unsere Partei hat bereits deutlich

### Sie schnelle Klärung.

Der Bezirksvorstand der Deutschen Demokratischen Partei im Wahlkreis Halle-Merzbach, der zur Beratung über die Stellung der Partei zu der von den Deutschnationalen prozogenen Locarno-Krise zuammentrat, faßte unter eingehender Würdigung eine Entschließung, die eine schnelle und eindeutige Klärung verlangt. Die Entschließung, die dem Parteivorstand in Berlin telegraphisch übermittelt wurde, hat nachstehenden Wortlaut:

Der Parteivorstand Halle-Merzbach hält ein Weiterarbeiten des Kabinetts für untragbar. Er fordert zur Klärung der Lage die unverzügliche Einberufung des Reichstags und Volksbefragung durch Neuwahlen.

erklärt, daß sie an Uebernahme der Verantwortung nicht denken könne, wenn sie

nicht lediglich als Lügenbühne herangezogen werde, und wenn ein neuer Kurs der Reichsregierung gesichert sei. Wir fürchten indessen, daß wir uns auf etwaige „Garantien“ in dieser Beziehung nicht würden verlassen können.

Bleibt die dritte, nach unserer Meinung einzige wirkliche Möglichkeit:

Auflösung des Reichstages und Neuwahlen! Die Sozialdemokratie hat sich bereits klar in dieser Richtung ausgesprochen. Das Volk muß befragt werden.

ob es die Katastrophenpolitik demagogischer Phrasenhelden, oder eine Verstandes- und Verständigungslosigkeit führen will. Die Antwort — vor allem des Rheinlandes! — dürfte recht deutlich ausfallen. Zugleich würde das ganze Land für

Aufwertung, Steuern, Zölle und manches andere quittieren. Einen Vorzeigedat haben am letzten Sonntag die

### Wahlen in Berlin und Baden

gegeben. Wir stimmen der „Germania“ aus vollster Seele zu, die schreibt: „D nein, die Politik von Locarno wird mit denen zu Ende geführt, die sie begonnen haben. Der Vertrag von Locarno ist das natürliche Kind der deutschnationalen Politik. Der Vorklag des Sicherheitspaktes ist ausgegangen von dieser Regierung, führt ihr, dieser Regierung, in der die Deutschnationalen einen maßgebenden Einfluß haben.“ Das Zentrum wird unter allen Umständen den Geist von Locarno wachhalten, wird sich mit keiner geringen Kraft dafür einsetzen, daß die Befriedung Europas möglichst bald zur Tatsache wird. Aber dem Willen der Deutschen von Locarno wird und kann es nur zustimmen, wenn auch seine Güter, die Deutschnationalen, mit bei der Partie sind. ... Wenn es zur Befragung des Volkes kommt, werden wir dafür sorgen, daß die Situation nicht durch die Fragestellungen wie: „Für oder gegen Locarno?“ verwirrt wird. So wird die Parole nicht lauten, denn so liegen die Dinge nicht. Für Locarno sind die Deutschnationalen unter allen Umständen verantwortlich, mag nun der Volk angenommen oder abgelehnt werden!“

J. M. D.

## Partei und

Von Erwin Hennig

Es ist schon von altersher so gewesen: Wer die Jugend hat, dem lächelt zu Zukunft. — Die politischen Parteien allerdings sind sich vor dem Kriege dieses Sazes weniger bewußt gewesen. Das war natürlich. Einmal schien nichts darauf hinzuweisen, was die althergebrachte Regierungsform durchbrechen, die alten bürgerlichen Parteien aus dem ausgefahrenen Gleise langgeübter Gewohnheit schleudern und sie damit zu Reformen in der Erziehungsarbeit ihrer Wähler zwingen könnte. Das andere Mal war es das Wahlalter in die Zeit des beginnenden Mannesalters gelangt. Einzig und allein war es die Sozialdemokratische Partei, die, im immer stärkeren Wachstum begriffen, es sich angelegen sein ließ, politische Erziehungsarbeit an der Jugend zu leisten. Die Folgen sind nicht ausgeblieben — die Partei blüht heute auf einem kräftigen Stamm geschnitzter und treuer Mitarbeiter. Die Revolution erst rüttelte die bürgerlichen Parteien durcheinander. Das Wahlalter wurde herabgesetzt, und die Jugend sah sich von der Parteien Hof und Gunst umhüllt. Nun kämpft man schon seit Jahren mit aller Erbitterung um sie. In den extremen politischen Lagern gefeiert Verlogenheit, Dummheit und blinder Massenhaß vereint mit kaum glaublichem, unbedenklichem Götz- und Personenkult um die Rechte, die Herzen junger, kaum dem Kindesalter entwachsener Menschen zu vergiften. Und in modriger, vor verantwortungsbewußter Hepppropaganda durchgeführter Treihäusler gehen hier wie dort jene Pflanzen, die sich immer wieder zum Unheil unseres Volkes auswirken.

Inmitten dieser innerlich zerstückelten, sich gegenseitig mit allen Mitteln bekämpfenden Parteien steht nun jene Schar Jugendlicher, die unbeteiligt und offenen Auges ihre Blinde der Zukunft zugewandt hat und nur in der Verwirrung der wahren Demokratie das Wohl und die Gemüthsruhe für eine Wiedergebundenes unseres Volkes erblickt. Es ist aber auch ein offenes Geheimnis, daß von diesen nur ein ganz geringer Teil der D. D. P. angehört und in ihr den Hüter und Förderer ihrer Hoffnungen und Wünsche gefunden hat. Eine weit größere Anzahl jedoch steht ihr fern — nicht ganz ohne Schuld der Partei selbst.

Denn wer mit diesen jugendlichen Kreisen zusammenzukommen Gelegenheit hatte, wer mit ihnen Rede und Antwort pflegen konnte, der weiß, daß sie sich im Laufe der Jahre — und wir müssen es wagen, die Wahrheit zu



Der Reichstag wurde aufgelöst. Hörbares Aufatmen löste die Kunde bei allen jungen Demokraten aus, und frischer Mut besetzte ihre Herzen. Der klare Ruf der D. D. P. ging in alle Lande hinaus und fand ein tausendfaches Echo. Endlich hatte die Partei den Mut zum ehrlichen Bekenntnis gefunden. Ein Rückschlag kam. Aber die Jugend sah in ihm den fortschreitenden Genesungsprozess. Denn mit ebenso freudiger Erregung wie innerer Genugtuung hörte sie von dem Austritt wankelmütiger Parteimitglieder, für die der „Boden der gegebenen Tatsachen“ sich zu schwach erweisen hätte, die Belohnungsprobe einer neuen Wahl zu bestehen.

Unter all diesen Voraussetzungen glaubte die demokratisch gesinnte Jugend wieder Zutrauen zur Partei haben zu dürfen, und sie wird den Weg, den sie zum großen Teil zu gehen gedachte, wieder verlassen können. Sie wird aber aufmerksamen Auges den kommenden Dingen entgegensehen. Denn es harren in der Zukunft der Partei nicht allein Aufgaben innerpolitischer, sondern vor